



INHALT Seite 1: Einladung zum Landtagsbesuch • Seite 2: Grüne Position in Sachen Übergangsgeld • Europa gemeinsam Zukunft geben! • Seite 3: TTIP – Warum wir das Freihandelsabkommen ablehnen • Seite 5: Einigung über Ganztagschulen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit • Seite 6: Mordfall Kiese Wetter/NSU: Aufklärung steht noch aus!

Die Narren sind los!

Im Landtag derzeit vor allem in Person des zunehmend hysterischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter Hauk, der bei der turnusgemäßen Wahl im April um sein Amt fürchten muss. Nachdem er erst die rechtspopulistische und ausländerfeindliche Volksabstimmung in der Schweiz „unterschreibt“, hat er jetzt die Grünen als „Gesinnungsterroristen“ und „Bevormunder“ ausgemacht – vor vier Monaten hat Peter Hauk noch über schwarz-grüne Koalitionen phantasiert. Viel Kraft kostet uns auch das Thema NSU, weil nur die grüne Landtagsfraktion aufklären will, während alle Anderen das Thema lieber so schnell wie möglich beerdigen möchten – um die Legende vom einwandfreien Verfassungsschutz aufrecht zu erhalten. Dabei kommen Zweifel und stellen sich um den Mord in Heilbronn, die rechtsextremen Strukturen und das Vorgehen der Sicherheitsbehörden sehr viele Fragen.



Einladung zum Landtagsbesuch

Am 26. März lade ich alle Interessierten ein, unser Übergangsdmizil und die Debattenkultur des Landtags live mitzuerleben.

Auf nach Stuttgart und rein in den Königin-Olga-Bau. Hier tagt derzeit der Landtag von Baden-Württemberg und entscheidet über die Politik im Land. Eine Diskussion zu einem spannenden Thema kann ich euch leider nicht versprechen, da die Tagesordnung noch nicht feststeht. Aber Einblicke in die Debatte und Arbeitsweise des Landtags Baden-Württemberg sind sicher. Wer sich also gerne vor Ort ein Bild meiner Arbeit in Stuttgart machen möchte, ist herzlich eingeladen.

Am Mittwoch 26. März 2014 nachmittags

Wir starten in Tübingen voraussichtlich gegen 13.30 Uhr mit dem Zug. Ab 15.00 Uhr gibt es eine kleine Einführung zum Parlamentsablauf vom Besucherdienst des Landtags. Dann ein Abgeordnetengespräch mit mir und anschließend dürft ihr in den Plenarsaal und der Debatte lauschen. Zurück geht es voraussichtlich gegen 18.00 Uhr.

Da ich nur maximal 27 Personen einladen darf, meldet euch bitte schnell bei Nele in meinem Tübinger Büro unter ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de, wenn ihr dabei sein wollt.

Grüne Position in Sachen Übergangsgeld:

Interfraktionelle Initiative zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Nach einem aktuellen Beschluss der Grünen Landtagsfraktion hat unsere Fraktionsvorsitzende Edith Sitzmann letzte Woche den Landtagspräsidenten Guido Wolf aufgefordert, in Sachen Übergangsgeld für Abgeordnete aktiv zu werden. Wolf soll nach unserer Auffassung eine interfraktionelle Übereinkunft zur Änderung des Abgeordnetengesetzes herbeiführen, damit Luxus- und Doppelversorgungen wie im Falle eines ausscheidenden CDU-Abgeordneten künftig nicht mehr möglich sind.

Das sogenannte Übergangsgeld ist eine nach der Dauer der Abgeordnetentätigkeit gestaffelte Teilfortzahlung der Diäten, die den Abgeordneten eine vorübergehende Absicherung bietet – bis sie wieder eine berufliche Tätigkeit aufgenommen haben. Für diese zeitlich eingeschränkten Übergangsphasen ist das Übergangsgeld auch sinnvoll. Wenn diese Übergangszeit bis zur bezahlten Berufstätigkeit jedoch gar nicht anfällt, ist auch ein Übergangsgeld nicht begründbar und daher aus unserer Sicht hinfällig. Wir wollen, dass Abgeordneten nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag und der Aufnahme einer Berufstätigkeit das Einkommen auf das Übergangsgeld angerechnet wird. Dies ist bislang nur für Abgeordnete geregelt, die im Öffentlichen Dienst sind oder ein öffentliches Amt innehaben und dorthin zurückkehren. Bei MinisterInnen werden Übergangsgelder und private Einkünfte bereits verrechnet.

Auch den Fall, dass Kabinettsmitglieder aus dem Amt ohne Karenzzeit in eine berufliche Tätigkeit wechseln, die den gleichen Geschäftsbereich betrifft, sehen wir kritisch. Wir verfolgen daher die auf Bundesebene diskutierten Vorschläge und wollen hier gegebenenfalls noch mal initiativ tätig werden.

Im konkreten Fall ist der CDU-Landtagsabgeordnete und ehemalige Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dietrich Birk, freiwillig aus dem Landtag ausgeschieden und hat nahtlos in eine Tätigkeit als Geschäftsführer für einen Wirtschaftsverband aufgenommen. Dazu hat er Anspruch auf ein Übergangsgeld von insgesamt rund 144.000 € in voller Höhe.

Europa gemeinsam Zukunft geben!
grenzenlos nachhaltig – solidarisch –
demokratisch – bürgernah – überzeugend grün.

Auf unserer Fraktionsklausur im Januar haben wir als Fraktion ein europapolitisches Papier verabschiedet. Hier das Papier in Auszügen:

Am 25. Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs ihre Mitglieder für das Europaparlament, sowie die Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Regionalparlamente. Die künftige Zusammensetzung des Europaparlaments entscheidet maßgeblich darüber, ob sich die EU aufspaltet, um dann in der Folge Kompetenzen zu re-nationalisieren, oder ob sie sich als erfolgreiches Friedens- und Integrationsprojekt zu einer demokratischen und solidarischen Gemeinschaft weiterentwickelt.

Die deutsche Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren maßgeblich den Kurs einer einseitig auf Konsolidierung der Haushalte ausgerichteten, unsozialen Krisenpolitik der EU bestimmt, vorbei am

Europaparlament und vorbei an den nationalen Parlamenten. Das haben insbesondere die Krisenländer in Südeuropa und im Westen zu spüren bekommen.

Wir treten als GRÜNE Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg für die Vertiefung der Europäischen Union ein mit einem starken Europaparlament und starken, demokratisch legitimierten Regionen, die gemeinsam das Ziel verfolgen, Europa nachhaltig voranzubringen und solidarisch zusammenzuhalten. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung sind nicht teilbar.

Europapolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe der Landespolitik. Dabei handeln wir nach folgenden Leitlinien:

1. Die grüne Landtagsfraktion setzt sich in allen Arbeitsbereichen für Stabilität, Solidarität, demokratische Strukturen und die Umsetzung des Green New Deals in der Europäischen Union ein.
2. Wir beteiligen uns aktiv an dem Prozess zur Entwicklung europapolitischer Leitlinien für Baden-Württemberg.
3. Wir verknüpfen die Ziele der EU-Förderpolitik sinnvoll mit der Kommunalpolitik: Wir nutzen EU-Programme und Fördermittel der Strukturfonds und Rahmenprogramme zur nachhaltigen Entwicklung unserer Ländlichen Räume und der städtischen Ballungsgebiete.
4. Wir organisieren den Dialog mit der Zivilgesellschaft: Verbände und Initiativen werden durchgängig in die Umsetzung europapolitischer Förderpolitik vor Ort einbezogen durch den Bottom-Up-Ansatz bei der Erstellung und Umsetzung der EU-Programme und der operationellen Programme.
5. Im Rahmen der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit stoßen wir Projekte an, die die Energiewende gemeinsam mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräften vor Ort voranbringen, Arbeitsplätze schaffen und bürgernah umgesetzt werden. Außerdem engagieren wir uns für die Stärkung der kommunalen Beteiligungsrechte.
6. Wir arbeiten darauf hin, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik im Kontext einer verantwortungsvollen Entwicklungszusammenarbeit und Zuwanderungspolitik in Europa durchzusetzen und unsere Landespolitik konsequent an diesen Zielen auszurichten.

TTIP - Warum wir das Freihandelsabkommen ablehnen

Beitrag von Wolfgang Wettach

Im Juni letzten Jahres wurde die erste Einigung zum zwischen der Europäischen Union und den USA geplanten Freihandelsabkommen TTIP erzielt: Die zuständigen EU-Minister gaben nach längerem Streit ein gemeinsames Verhandlungsmandat an die EU-Kommission. Frankreich hatte sich dabei mit der Forderung durchgesetzt, Film, Musik und andere Medien zunächst aus den Verhandlungen auszuklammern. Das macht auch den Versuch schwerer, das vor allem aus medien- und netzpolitischen Gründen abgelehnte Abkommen ACTA durch die Hintertür von TTIP wieder einzuführen. Der Versuch ist allerdings nur vertagt, nicht vom Tisch. DPA schrieb damals "Schwierige Verhandlungen werden insbesondere im Agrarbereich erwartet, wo auch die Regeln für Einfuhr gentechnisch veränderter Futter- oder Lebensmittel vereinheitlicht werden müssten".

Für einige ist es klar, warum dieses Abkommen abzulehnen ist. Aber worum geht es da genau?

Oliver Welke hat das in der "heute show" schön erklärt: <http://gruenlink.de/p64> "Die Standards in der EU haben ein unbegründet hohes Niveau. Was für einen Amerikaner gutes Essen ist, sollte auch für einen Europäer gutes Essen sein", meinte etwa Stuart Eizenstat vom Transatlantic Business Council in 'report'. Die Bundeszentrale der Verbraucherschutzverbände warnt, dass das Vorsorgeprinzip der EU, nur sichere Lebensmittel zuzulassen, dadurch abgeschafft würde. Hormonfleisch, Chlorhühnchen und genmanipuliertes Tierfutter sind dabei nur eine Seite.

Für die Große Koalition ist der Fall klar: Ein Abschnitt ihres Koalitionsvertrags heißt "*Stärkung des Freihandels und Handelsabkommen*" und sagt: "Genauso wie den Erfolg der Verhandlungen der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) streben wir auch den zügigen Abschluss weiterer Handelsabkommen mit dynamisch wachsenden Schwellenländern an. Unser Ziel ist eine Vertiefung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen." Eine Sorge wird allerdings auch dort bereits angesprochen: "Bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO)-berücksichtigt werden, damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird". Warum ist das überhaupt ein Thema? Weil ein solches Freihandelsabkommen alle "nicht tarifären Handelshemmnisse" beseitigen will, also alles was außer Zollgebühren noch dazu führen kann, dass Handel schwieriger wird: Umweltschutz, Verbraucherschutz, Mindestlöhne und eben Arbeitsschutznormen. Es ist leicht zu sehen, was die SPD hier im Koalitionsvertrag erwähnt haben wollte - und worauf sie alles bereits an dieser Stelle verzichten!

Wofür steht nochmal die Abkürzung TTIP? Für "Transatlantic Trade and Investment Partnership" und der Investorenschutz ist ein weiteres Problem dabei: Konzerne sollen dabei in die Lage versetzt werden, europäische Länder zu verklagen, wenn diese ihnen mit Umweltschutz, Verbraucherschutz und anderen europäischen oder deutschen Normen - oder neuen Gesetzen - zu sehr im Weg stehen. Vor neuen EU-Normen müssten die US-Handelspartner gefragt werden, ob diese ihnen denn auch genehm sind - so dass die amerikanische Regierung plötzlich direkten Einfluss auf unsere Gesetzgebung bekäme. Mit Demokratie hat das so wenig zu tun wie die Hinterzimmergeschichte der bisherigen Verhandlungsrunden, in denen Industrielobbyisten weit mehr Einblick bekommen als EuropaparlamentarierInnen. Mehr dazu in LeMondeDiplomatique: <http://gruenlink.de/p65>

Abschließend möchte ich davor warnen, sich in der Kritik auf nur einen Punkt zu konzentrieren, die vertagten ACTA-Aspekte, das Chlorhühnchen oder die jetzt vertagten Investorenschutz-Regelungen. Zum einen gilt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, unsere Kritik verpufft aber vielleicht, wenn man den einen Punkt herausnimmt. Selbst ohne die offensichtlichsten Kritikpunkte hat TTIP aus Europa-Sicht ein Grundproblem: Die geplante Freihandelszone schafft zwar nicht mehr Arbeitsplätze oder mehr Wohlstand für alle, wie Studien jetzt zeigen - aber der innereuropäische Handel würde ebenso wie der mit Afrika zugunsten des transatlantischen massiv zurückgehen. Was heißt das? Dass Deutschland und andere weniger Grund haben, die EU, den Binnenmarkt und europäische Nachbarn zu stabilisieren. Dass Afrika sich mehr verschuldet weil sie weniger exportieren können - dass also der Hunger der Vielen in Afrika zugunsten des Reichtums weniger in EU/USA befördert wird. Werdet aktiv, unterzeichnet den Apell: <http://www.campact.de/ttip/>

Aktiv gegen TTIP, für Euch in Europa:
Wolfgang G. Wettach

Einigung über Ganztagschulen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit

Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden erfolgreich abgeschlossen.

Die Einigung der grün-roten Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Einrichtung, Ausgestaltung und Finanzierung von Ganztagschulen an Grundschulen und den Grundstufen der Förderschulen ist ein bildungspolitischer Meilenstein. Gerade Baden-Württemberg hat in Sachen Ganztageschulen erheblichen Nachholbedarf, das gilt besonders für den Grundschulbereich. Den Ausbau hat die schwarz-gelbe Landesregierung verzögert, behindert und verhindert – und hier kann man tatsächlich sagen: aus ideologischen Gründen und gegen die Interessen der Familien im Land.

Nach dem Ausbau der Kinderbetreuung im Vorschulalter steht jetzt der Ausbau der Ganztagschulen an, um dem großen Ziel, der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, näher zu kommen. Auch die Entkoppelung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, eines der weiteren erklärten Ziele der grün-roten Koalition, kann im Rahmen der Ganztageschule wesentlich besser angegangen werden. Wenn die versprochene individuelle Förderung auch tatsächlich geschieht.

Mehr Bildungsgerechtigkeit und der elterliche Wunsch nach einer Vereinbarung von Familie und Beruf sind die wichtigsten Motive für den allseits geforderten Ausbau des Ganztagsangebots. Den Schulen und Kommunen bleibt dabei so viel Gestaltungsfreiheit wie möglich. Ganz im Sinne einer Entscheidung von unten oder mit den Füßen verordnen wir keine Ganztagesgrundschulen, sondern fördern sie lediglich. Eine Ganztageschule wird nur auf Antrag eines Schulträgers und mit Zustimmung der Schulkonferenz eingerichtet. Diese Freiheit ist wichtig, da die konkreten Bedingungen von Ort zu Ort unterschiedlich sind.

Es steht den Schulen dabei frei, entweder ein verbindliches Konzept (gebundene Ganztageschule) vorzulegen, oder einen Ganztagesbetrieb als Wahlform anzubieten. Wichtig ist aus Sicht der Landtagsfraktion, dass das Konzept einen rhythmischen Ganztagesbetrieb an drei oder vier Tagen pro Woche garantiert.

Daneben ist uns auch wichtig, dass den Familien dadurch keine Kosten entstehen, denn das würde jedem Ganztageschulangebot die Grundlage entziehen und Kinder aus Familien mit geringem Einkommen quasi ausschließen. Das bedeutet, dass für das Mittagessen die Eltern aufkommen müssen, für die Betreuung aber keine Kosten entstehen dürfen. Das schließt aber nicht aus, dass für sogenannte „über den Ganztagesbetrieb hinausgehende Angebote“, also eine Betreuung von mehr als sieben oder acht Zeitstunden an den gewählten Tagen, von den Gemeinden Gebühren erhoben werden können.

Bestehende Ganztagschulen haben eine Bestandsgarantie und sollen innerhalb von drei Jahren auf das neue Modell umgestellt werden. Durch die Verknüpfung und Kooperation mit Vereinen, Musikschulen, Betrieben oder anderen Einrichtungen soll gewährleistet sein, dass die Ganztageschule ein lebendiger Ort in der Gemeinde wird, der deutlich mehr ist als nur ein Lernort - das Streben wir ja auch mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule an.

Ein wichtiger Fortschritt auch mit Blick auf unsere Strukturen im Landkreis und insbesondere der Stadt Tübingen ist, dass auch kleinere Grundschulen jetzt Ganztageschule werden können, denn ein wesentliches Element des neuen Konzepts ist die mögliche klassen- und jahrgangsübergreifende Gruppenbildung. 25 Schülerinnen und Schüler, die in den Ganztagsbetrieb wollen, bilden rechnerisch eine Gruppe. Eine weitere Gruppe wird ab 29 Schülerinnen und Schüler eingerichtet, eine dritte ab 54. Die Zuweisung von zusätzlichen Lehrerwochenstunden für den Ganztagsbetrieb erfolgt gemäß den Gruppen.

Im Landkreis Tübingen gibt es derzeit nach Auskunft des Schulamts insgesamt 15 Grundschulen, die je nach Einrichtungserlass in offener oder gebundener Form als Ganztageschule eingerichtet sind.

Eine große Anzahl von Schulträgern im Kreis haben jedoch unabhängig davon selbstgeschaffene Ganztagesangebote an den Schulen etabliert oder bieten Hortbetreuung an. Ich bin überzeugt davon, dass viele Grundschulen im Kreis auf das neue Angebot umschwenken werden und die Eltern die Umstellung auch gegen unwillige Gemeindeverwaltungen und skeptische Gemeinderäte durchsetzen werden. Vor allem durch die Möglichkeit klassen- und jahrgangsübergreifende Gruppen zu bilden, wird der vorhandene Bedarf endlich adäquat versorgt und die Ganztagesklassen werden sprunghaft ansteigen.

Mordfall Kiesewetter/NSU: Aufklärung steht noch aus!

Am 12. Februar 2014 hat Innenminister Reinhold Gall den lange angekündigten polizeilichen Ermittlungsbericht der „EG Umfeld“ zu den Bezügen von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt nach Baden-Württemberg veröffentlicht. Das Ergebnis ist eine aufwendige Recherche über die rechtsextreme Szene im Raum Ludwigsburg/Heilbronn in den 90er Jahren, enthält allerdings nur wenige Hinweise, die sich in zeitlicher Nähe zum Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter 2007 befinden.

Aus Sicht der grünen Landtagsfraktion ergeben sich daher noch viele Fragen, die sich grob in vier Bereiche einteilen lassen:

- 1) Die Umstände und der Ablauf der Tat in Heilbronn
- 2) Die Beleuchtung der rechtsextremen Strukturen in Baden-Württemberg seit den 1990er Jahren, mit besonderen räumlichen und organisatorischen Schwerpunkten
- 3) Die engen Verbindungen des baden-württembergischen Rechtsextremismus nach Sachsen und vor allem Thüringen
- 4) Die Aufarbeitung der Sicherheitsstrukturen in Baden-Württemberg

Aus parlamentarischer Sicht sind alle Fragen unter Punkt 1 schwer aufzuarbeiten, da sie inzwischen in die Zuständigkeit der Generalbundesanwaltschaft (GBA) fallen. Bei allen weiteren hat das Parlament Handlungsmöglichkeiten – die Fraktion ist gewillt diese zu nutzen. Gemeinsam mit einem Kollegen ist es mir gelungen die Fraktion und den Fraktionsvorstand von der Notwendigkeit weiterer Schritte der Aufklärung zu überzeugen, nur die geeignete Form haben wir noch offen gelassen.

Leider ist bei unserem Koalitionspartner SPD ein solcher Aufklärungswille noch nicht erkennbar, vielmehr beschließt bei der SPD ein Gremium nach dem anderen (Präsidium, Fraktion, Landesvorstand...) die Vergangenheit nicht aufzuarbeiten, sondern eine Enquete mit der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus zu beauftragen. Wir dagegen halte daran fest: Das eine tun – und das andere nicht lassen

Der innenpolitische Sprecher unserer Landtagsfraktion, Uli Sckerl, hat dazu folgende Stellungnahme veröffentlicht:

Für die grüne Landtagsfraktion bleibt die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur restlosen Aufklärung der Verbindungen der terroristischen NSU nach Baden-Württemberg und zur Rolle der Landesbehörden (z.B. Verfassungsschutz) in den Jahren ab 1993 bis zur Enttarnung des Mördertrios eine ernsthafte Option. Es kann dabei nicht Aufgabe eines Untersuchungsausschusses sein, quasi „die bessere Polizei“ sein zu wollen, wie von mancher Seite erwartet wird. Polizeiliche Ermittlungsarbeit ist nicht Aufgabe eines UA. Aktuell ist es so, dass die Generalbundesanwaltschaft weitere Ermittlungen zum NSU-Komplex angekündigt hat, die auch Bezüge zu Baden-Württemberg haben sollen.

Die Anträge von Nebenklägern im Zschäpe-Prozess vom 20.2.2014, Zeugenvernehmungen zu einem möglichen Aufenthalt von Frau Zschäpe im zeitlichen Zusammenhang mit dem Mord an Frau Kiesewetter durchzuführen, werden ebenfalls Tätigkeiten der Ermittlungsbehörden auslösen. All das kann nicht gleichzeitig Aufgabe eines Untersuchungsausschusses sein, der sich immer mit abgeschlossenem Handeln einer Regierung bzw. von nachgeordneten Behörden beschäftigen muss. Mitten in diesen Verfahren ist es einfach geboten, deren Ergebnisse abzuwarten, ebenso den Verfahrensverlauf und die Urteile in München. Dann werden wir endgültig über die Frage entscheiden, ob ein UA doch noch benötigt wird. Bis dahin soll aber der Landtag nicht untätig bleiben, sondern mit einem Sonderausschuss in die wichtige Arbeit einzusteigen, welche Konsequenzen aus den Vorgängen für Baden-Württemberg, den Landtag und für die Landesregierung und ihre Behörden zu ziehen sind.



Daniel Lede Abal, MdL

V.i.S.d.P

im Wahlkreisbüro: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6 • 72074 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

im Landtag: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

im Netz: www.ledeabal.de